

Esther Kamber, Kurt Imhof

Phänomenologie der politischen Kommunikation

Resonanz von staatlichen und intermediären politischen Akteuren in der Öffentlichkeit

Die Staatskommunikation, also die innere und äussere Kommunikation von Regierung, Verwaltung und Legislative, werden in diesem Beitrag hinsichtlich ihrer öffentlichen Resonanz beschrieben. Empirische Grundlage bildet eine Zeitreihenanalyse, die auf der Basis der umfassend erhobenen Berichterstattung zur schweizerischen Ausländerpolitik von den 60er bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts in Leitmedien der deutschen Schweiz erfolgt.¹ Diese Beschreibung von Akteursresonanzen über rund 40 Jahre innerhalb derselben politischen Auseinandersetzung, die das schweizerische politische System in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und noch bis in die Gegenwart mit Abstand am nachhaltigsten beschäftigt hat, bietet eine ausgezeichnete Möglichkeit, den Wandel der relativen Bedeutung der Staatskommunikation in der öffentlichen Kommunikation im Vergleich zur Resonanz der intermediären politischen Akteure über die Zeit zu erfassen.

1 Staatskommunikation im Strukturwandel der Öffentlichkeit

Diese empirische Deskription der öffentlichen Resonanz der wichtigsten Akteure im politischen Entscheidungs- und Vollzugsprozess dient dazu, den Einfluss von zwei fundamentalen Dimensionen gesellschaftlichen Wandels auf die politische Kommunikation validieren zu können: Einerseits interessiert der Wandel von Form, Bedeutung und Funktion der medienvermittelten politischen Kommunikation hervorgerufen durch den «neuen» Strukturwandel der Öffentlichkeit und andererseits durch den diskontinuierlichen sozialen Wandel moderner Gesellschaften.

Erstens: Staatskommunikation verändert sich wie die politische Kommunikation generell im «neuen» Strukturwandel der Öffentlichkeit (Imhof 2003). Darunter verstehen wir die Ausdifferenzierung eines selbstreferentiellen Mediensystems. Dieser Prozess lässt sich als Ablösung der Medien von ihrer hergebrachten Verankerung innerhalb der intermediären politischen Akteure beschreiben. Diese Ausdifferenzierung eines eigenlogischen Mediensystems in der Schweiz insbesondere in den 80er Jahren – in Gestalt unabhängiger Printmedien und des dualen Rundfunks – zeitigt massive Rückwirkungen auf die politische Kommunikation.

Diese Untersuchung geht diesbezüglich von der Hypothese aus, dass sich im neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit die Resonanzchancen aller politischen Akteure verändern. Neben dem neuen Publikumsbegriff des «Medienkonsumenten», der denjenigen der «Staatsbürger» ablöst, bilden sich bei den Medien neue Selektions- und Interpretationslogiken aus, die sich am ökonomischen Kriterium der Aufmerksamkeitsmaximierung orientieren. An diese Logik müssen sich die politischen Akteure ihrerseits anpassen, um ihre Resonanzchancen zu wahren (Imhof 2003). Dabei haben nicht etablierte politische Akteure (soziale Bewegungen, Protestparteien, NGO's) durch ihre medi-

enwirksamen Aktionsformen zunächst die besseren Voraussetzungen öffentliche Resonanz zu erzeugen. Durch Lerneffekte auf Seiten der etablierten Akteure in Gestalt der systematischen Bewirtschaftung ihrer Resonanzchancen verändert sich dann die politische Kommunikation erneut. Zentrale Effekte dieses Veränderungsprozesses der Medien und der korrelativen Anpassung der politischen Akteure an die neuen Bedingungen (Medialisierungseffekte) werden in der Literatur als verstärkte Personalisierung, Privatisierung, Prominenzierung, Konfliktstilisierung und Skandalisierung der medienvermittelten Kommunikation diskutiert (Kamber 2004).

Zweitens: Staatskommunikation wird – wie die politische Kommunikation generell – durch den diskontinuierlichen sozialen Wandel moderner Gesellschaften beeinflusst (Imhof et al. 1993, 1996, 1999). Darunter verstehen wir die Abfolge von Gesellschaftsmodellen, die in ihrer wirklichkeitssetzenden Kraft die Beziehung von kollektiven Erwartungs- und Gesellschaftsstrukturen – über Akzeptanz und Legitimität – auf Zeit in einer Balance halten können. Im Untersuchungszeitraum lassen sich die Erosion des einst stabilen, «etatistischen», sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells und der Aufstieg eines fragilen, «antie-tatistischen», neoliberalen Gesellschaftsmodells beobachten. Im Zuge dieser zähen Ablösung ab Ende der 70er Jahre verändern sich die Konnotationen staatlicher Institutionen in der medienvermittelten Kommunikation grundsätzlich (Imhof 2002).

Im Beitrag wird nun zunächst das Ensemble der politischen Kommunikation, die staatlichen Akteure und die intermediären Akteure skizziert (2). Dann gilt es die gewählte Thematik dieser Zeitreihenanalyse der medienvermittelten politischen Kommunikation, die Problematisierung des Fremden in Gestalt der Arbeitsmigration in den 60er und 70er Jahren und in Gestalt der Asylummigration in den 80er und 90er Jahren, zu diskutieren (3). Anschliessend wird

